



## Martin Patzelt MdB



Liebe Leserinnen und Leser,

fast täglich vermelden die Medien, dass unser Land Probleme hat, ausreichend Unterkünfte für die zahlreicher werdenden Flüchtlinge zur Verfügung zu stellen. Meine Anregung einer freiwilligen WG auf Zeit kommt also zum richtigen Zeitpunkt. Mehr dazu auf der nächsten Seite. Meine Presseerklärung zu diesem Thema finden Sie auf mei-

ner Homepage.

Auf einer Sondersitzung zu Wochenbeginn hat Bundeskanzlerin Angela Merkel erläutert, warum Deutschland Waffen und weitere Ausrüstungsgegenstände an die Kurden im Nordirak liefert. Es geht um die Bekämpfung der Mördermiliz Islamischer Staat (IS), die Irak und Syrien mit ungeheuren Gräueltaten überzieht. Wenn in beiden

Ländern ein Fundament für religiöse Fanatiker geschaffen wird, wächst die Gefahr, dass auch unsere Sicherheitsinteressen betroffen werden. Eine weitere Destabilisierung im Nahen Osten würde sich auch auf unser Land auswirken.

Viele anregende Gedanken beim Lesen wünscht Ihnen

Ihr  
Martin Patzelt

### Chefarztkonferenz in Eisenhüttenstadt

Gesundheitspolitik ist Gesellschaftspolitik. Aus diesem Grund habe ich am Donnerstag eine Einladung zur Chefarztkonferenz im Städtischen Krankenhaus Eisenhüttenstadt angenommen. Besonders schön fand ich, dass sich ein offenes Gespräch ergab.

Geschäftsführerin Hannelore Guschel und die sechs anwesenden Chefarzte bestätigten eine zentrale Aussage des aktuellen Gutachtens des Sachverständigenrats zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen. Danach befinden sich insbesondere die ostdeutschen Spitäler in einem guten baulichen Zustand. Auf der Wunsch-

liste der Krankenhausverantwortlichen ganz oben stand die längerfristige Planungssicherheit.

Anlass zu Sorgen bereiten die unzureichende Finanzierung angesichts strenger Hygienegesetze und die Finanzierung der Ausbildung angesichts der Tatsache, dass schon jetzt kaum ausreichend Pflegekräfte zur Verfügung stehen. Hinzu kommen die ansteigenden Kosten durch das Arbeitszeitgesetz für Ärzte und fehlende Abstimmungen unter den regionalen Krankenhäusern. Nicht zuletzt sind die Rahmenbedingungen für Ärzte und deren Familien außerhalb der Metropolen dringend verbesserungsbedürftig. Ärzte werden gegenwärtig

nicht nur aus dem europäischen Ausland angeworben, sondern auch darüber hinaus.

Dasselbe Problem dürfte demnächst den Bereich Pflege betreffen. Bedauert wurde, dass Krankenhäuser heute auch Wirtschaftsunternehmen sein müssen und Gewinn erwirtschaften müssen. Dadurch gehen Leistungen verloren bzw. sie werden teurer. Die Erwartung begleitete mich, dass ich die Probleme in geeigneter Weise in die Diskussion im Deutschen Bundestag einbringe. Vereinbart wurde ein weiterer Meinungsaustausch zu einem späteren Zeitpunkt.

Nr. 20/18. WP  
05.09.2014

### Zur Diskussion um die freiwillige Aufnahme von Flüchtlingen

Wer es medial noch nicht erfahren hat: Vor einer Woche habe ich öffentlich die Bitte unterbreitet, über die Aufnahme von Kriegsflüchtlingen im eigenen Heim nachzudenken. Den Wortlaut der Veröffentlichung teile ich anliegend mit.

Ich kann die öffentliche Aufregung über meinen Vorschlag, die vielen Hunderte von Beschwerden, Schmähungen und sogar Todesdrohungen schwer nachvollziehen. Es geht darum, über eine temporäre, unentgeltliche Aufnahme von Flüchtlingen im eigenen Wohnraum auf freiwilliger Basis nachzudenken. Eine Frage, die ein Jeder für sich beantworten kann. Bürgerschaftliches Engagement ist eine wesentliche Voraussetzung unseres Miteinanderlebens, alle Bürgerinnen und Bürger profitieren in irgendeiner Weise davon. Freiwilliges Engagement gibt es in vielfältigster Weise, entsprechend Wunsch, Eignung und Vermögen der Freiwilligen. Ob als Besuchsdienst in Krankenhäusern, Paten in Mehrkindfamilien, Mitarbeiter in Hospizen, an vielen Orten unseres Lebens. Bisher habe ich keinen Protest

gegen solches Engagement bemerkt. Menschen sind unterwegs, schenken Zeit und Geld und menschliche Nähe. Kriegsflüchtlinge haben Heimat, Besitz, nahe stehende Menschen verloren, liefen um ihr Leben. Kann es da verkehrt sein, zu prüfen, ob man persönlich solchen Menschen - alternativ zu einer Massenunterkunft - Unterstützung anbietet? Wenn weiterhin Lebensunterhalt und Krankenkosten aus Steuermitteln finanziert bleiben, die Entscheidung nach einem persönlichen Kennenlernen beider Seiten getroffen wird, dann ist eine solche Vereinbarung nicht „auf Sand“ gebaut und kann, das bezeugen unterdessen auch Menschen, die solche Unterstützung leisteten, das eigene Leben reicher machen.

Ich habe diesen Appell ohne jeglichen Druck, auch nicht moralischen, verstanden. Wie kann man die Nähe zu Fremden jemandem aufzwingen wollen?

Kritik von CDU-Freunden aber weise ich zurück. Wir wollen christlich soziale Politik machen. Wir wollen die Verantwortung für das Gemeinwesen stärken, das bürgerschaftliche Bewusstsein und Engagement entwickeln. Ich habe nicht die Aufnahme im-

mer neuer Asylbewerber verlangt. Im Gegenteil, die Asylverfahren, resp. Abschiebungen sollten wesentlich schneller gehen. Aber wenn der Asylgrund temporär oder dauerhaft angesichts einer mörderischen und barbarischen Verfolgung unzweifelhaft ist, dann braucht es nicht sogenannte Kontingente, dann sollten wir alle Möglichkeiten der Hilfe für die „Überlebenden“, die es bis zu uns geschafft haben, suchen und nutzen. Gerade aber die politischen Parteien und Gruppierungen, die unentwegt die Aufnahme von mehr Asylbewerbern oder Flüchtlingen verlangen, sollten durch eigenes Verhalten das Machbare bezeugen und den Staat nicht schwächen oder gar überfordern. Die Länder bestimmen die Unterbringung der Asylbewerber. Rot-Rot oder Rot-Schwarz regierte Länder (z.B. NRW und Brandenburg) zeichnen sich nicht gerade durch erleichternde Lebensbedingungen für Flüchtlinge aus.

Politik, die sich weniger an den Maßgaben unseres Grundgesetzes als an der vermuteten Wählergunst orientiert, gerät in die Gefahr, wenig nachhaltig zu sein.

**Martin Patzelt, MdB**

Mitglied im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend  
Mitglied im Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe

**Büro Berlin**

Katja Frenkel  
Dr. Maria Blömer  
Helmut Uwer

Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel. 030/227 71440  
Fax 030/227 76439  
martin.patzelt@bundestag.de

**Wahlkreisbüro****Frankfurt (Oder)**

Anna Fabisch  
Dr. Markus Zaplata  
Sophienstr. 41/42  
15230 Frankfurt (Oder)  
Tel. 0335/276 294 36  
Fax 0335/276 294 37  
martin.patzelt.ma04@bundestag.de  
geöffnet: Die + Do 11-18 Uhr,  
Mi 9-16 Uhr

**Wahlkreisbüro****Eisenhüttenstadt**

Dr. Markus Zaplata  
Saarlouiser Str. 35  
15890 Eisenhüttenstadt  
Tel. 0335/276 294 36  
Fax 0335/276 294 37  
geöffnet: Do 16-18 Uhr

**Wahlkreisbüro****Beeskow**

Manuela Heuer  
Berliner Str. 19  
15848 Beeskow  
Tel. 0335/276 294 36  
Fax 0335/276 294 37  
geöffnet: Mi 16-18 Uhr

Um diesen Newsletter zu abonnieren, senden Sie uns bitte eine E-Mail an:  
martin.patzelt@bundestag.de

**www.martin-patzelt.de**

**Leben und Sterben – würdevoll bis zuletzt!**

Zusammen mit der Konrad-Adenauer-Stiftung hatte ich am Mittwoch zu einer Diskussionsveranstaltung zu einem der wichtigsten Themen unseres Lebens in die Burg Beeskow eingeladen: „Leben und Sterben – würdevoll bis zuletzt!“. Eine nicht leichte Thematik, meine ich, wissend, dass der Tod als Lebensende bleibt und zum Leben gehört. Das Sterben ist insbesondere für den einzelnen Menschen eine ganz persönliche, oft mit Angst und Sorge behaftete Angelegenheit, die ernst zu nehmen ist. Wie will ich sterben? Was halte ich aus? Wo will ich sterben? Wer soll mich begleiten? Kann ich meine Menschenwürde bis zuletzt bewahren? Da in den nächsten zwei Jahren zum Thema Suizidbeihilfe Gesetzesänderungen anstehen, die zum einen eine Liberalisierung bedeuten könnten die organisierte, gewerbliche Suizidbeihilfe verbieten werden, setze ich mich als politisch Verantwortlicher mit dem Thema des würdevollen Sterbens auseinander. In meiner Einführung habe ich besonders darauf aufmerksam gemacht, dass alle unsere Gefühle, Einstellungen und schließlich auch Entscheidungen von den gesellschaftlichen Kontexten und den Beziehungen, vom Zeitgeist und wie andere mit mir umgehen, abhängig



Brigitte Freund, Martin Patzelt, Waltraud Lassowsky, Karin Rentsch (v.l.)

sind. Indirekt sind also auch andere immer an meiner Entscheidung beteiligt.

Was heißt es, würdevoll zu sterben? Alte Menschen wünschen sich in der Mehrheit, zu Hause zu sterben, oder eine erinnerte gefühlte häusliche Umgebung zu haben, wenn sie in einem Seniorenheim untergebracht werden. Altenheime versuchten das Sich-Wohlfühlen so gut es geht umzusetzen, erklärte Brigitte Freund, Geschäftsführerin der Seniorenheime Landkreis Oder-Spree.

Der Wunsch nach möglichst schmerzfreiem Sterben kann heute durch die Palliativmedizin ermöglicht werden. Man sollte selber frühzeitig seinen Willen um das Wie des Sterbens mit einer Patientenverfügung kundtun. Der Allgemeinmediziner und Facharzt für Innere Medizin Dr. Jörn von Stünzner-Karbe erläuterte die spezialisierte ambulante Palliativversorgung (SAPV), die dem Ziel diene, die Le-

bensqualität und die Selbstbestimmung von Patienten so weit wie möglich zu erhalten und ihnen ein menschenwürdiges Leben bis zum Tod in ihrer gewohnten Umgebung zu ermöglichen. Eine weitere Alternative stellen ehrenamtliche Hospizhelfer dar. Sie bieten laut Waltraud Lassowsky vom ambulanten Hospizdienst (AHD) Beeskow ihre Zeit und eine liebevolle Kompetenz, um sich um die Sterbenden zu kümmern.

Die Beiträge aus dem Publikum zeigten deutlich, wie persönlich und vielfältig die Sterbeprozesse sein können: gequält und unglücklich, ob des langen Leidens, auch weil man medizinisch alles vergebens versucht hat. Oder auch alt, mutig und (selbst-) bewusst sterben wollend, weil man mit sich und der Welt versöhnt und mit seinen Kindern in Klarheit und Dankbarkeit verbunden ist.